

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 10: Kirchenasyl schützen

Mit dem Kirchenasyl kommen die Kirchen ihrer ethischen Verantwortung nach.

- Werden Sie sich aktiv für den Schutz und die Stärkung des Kirchenasyls einsetzen, z.B. dass das zwischen Land und Kirchen beschlossene Abkommen eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen stattfinden?
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute nicht kriminalisiert werden, weil sie Kirchenasyl gewähren?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) Ja, wir setzen uns eindeutig für den Schutz und die Stärkung des Kirchenasyls ein. Das Kirchenasyl ist ein Akt der Humanität und stellt ein letztes Schutzinstrument dar, wenn staatliche Verfahren versagen oder unzureichend geprüft wurden. Für uns ist es selbstverständlich, dass das Abkommen zwischen Kirchen und Landesregierung geachtet wird. Abschiebungen aus Kirchenräumen lehnen wir hingegen entschieden ab, da sie das Vertrauen in rechtsstaatliche Verfahren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben. b) Wir halten es für vollkommen inakzeptabel, dass Menschen kriminalisiert werden, die Verantwortung übernehmen und Schutz gewähren. Mit dem Kirchenasyl leisten Gemeinden und kirchliche Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenwürde. Wer so handelt, braucht Rückendeckung statt strafrechtlicher Verfolgung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute rechtlich abgesichert werden, damit sie ihre Arbeit ohne Angst vor Repressionen fortsetzen können.
	Markus Greitemann – CDU: a) Die CDU anerkennt die ethische Verantwortung der Kirchen. Sie respektiert das Kirchenasyl als Ausdruck christlicher Nächstenliebe. Gleichzeitig muss der Rechtsstaat gewahrt bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass das zwischen Land und Kirchen geschlossene Abkommen strikt eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen erfolgen, solange die vereinbarten Bedingungen gelten. Einvernehmlichkeit zwischen staatlichen Stellen und kirchlichen Einrichtungen sind dabei unerlässlich. b) Das Kirchenasyl ist ein Ausdruck christlicher Barmherzigkeit, den wir hochachten. Gemeinden, Geistliche und Ordensleute, die Menschen in Not beistehen, verdienen Respekt und dürfen nicht kriminalisiert werden. Zugleich muss Kirchenasyl im Einklang mit dem Rechtsstaat stehen. Die Vereinbarungen zwischen Land und Kirchen sind strikt einzuhalten, damit staatliche Ordnung und kirchlicher Schutz nicht in Konflikt geraten. Diese Balance prägt unser demokratisches Gemeinwesen und unsere christliche Kultur.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Wir freuen uns, dass die Kölner Diakonie mit dem Projekt „Zuflucht“ gerade einige Plätze für ein Kirchenasyl geschaffen hat. Unsere Fraktion hat mit den Trägern einen intensiven Dialog. Wir bitten alle Religionsgemeinschaften ihre Möglichkeiten ausschöpfen. b. Wir sind empört darüber, dass in den letzten Monaten die Polizei mehrfach in Kirchenanlagen eingedrungen ist und Geflüchtete festgenommen haben. Das verstößt gegen die Vereinbarungen mit den Bundesbehörden, die einen Schutz in Kirchen gewähren.
	Volker Görzel – FDP: Zunächst einmal gilt es festzustellen, dass die Frage einer drohenden Abschiebung eine Sache zwischen Staat und Ausreisepflichtigen ist. Bei Fällen von Kirchenasyl für von Abschiebung bedrohte Geflüchtete muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angewandt werden. Durch eine frühzeitige Konsultation zwischen Kirchengemeinde und Ausländerbehörde müssen in jedem einzelnen Fall von Kirchenasyl die rechtlichen Handlungsspielräume sorgfältig geprüft werden. Die Frage der Strafverfolgung oder Kriminalisierung liegt nicht im Zuständigkeitsbereich kommunaler Mandatsträger, sondern bei den zuständigen Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden.



	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Kirchenasyl respektieren Wir bekennen uns klar zum Kirchenasyl und fordert die Einhaltung der Vereinbarungen zwischen Land und Kirchen. b) Keine Kriminalisierung GUT & KLIMA FREUNDE verurteilen die Kriminalisierung von Kirchen, Gemeinden und Geistlichen, die Schutz gewähren.
	Torsten Burmester – SPD: Kirchenasyl ist ein humanitäres Instrument, das in Einzelfällen Schutz vor einer drohenden Abschiebung bietet. Wir respektieren diese Praxis und wollen den Dialog zwischen Kirchen, Verwaltung und Bundesbehörden fortführen, um einvernehmliche Lösungen zu finden. Eine Kriminalisierung von Kirchenasyl lehnen wir ab.
	Lars Wolfram – Volt: Kirchenasyl bietet in besonderen Einzelfällen Schutz vor drohenden menschenrechtswidrigen Abschiebungen und zielt darauf ab, individuelle Härtefälle noch einmal überprüfen zu lassen und nicht, um den Rechtsstaat auszuhebeln. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das zwischen Kirchen und dem Land NRW vereinbarte Verfahren zum Kirchenasyl eingehalten wird und keine Abschiebungen aus Kirchen heraus erfolgen. Ebenso treten wir klar dafür ein, dass Gemeinden, Geistliche und Ordensleute nicht kriminalisiert werden, wenn sie Menschen in existenzieller Not Schutz gewähren. Der Raum der Kirche muss als Ort der Humanität respektiert bleiben.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Kirchenasyl ist Ausdruck gelebter Verantwortung. Ich werde es aktiv schützen und sicherstellen, dass Abkommen zwischen Land und Kirchen eingehalten werden. b) Gemeinden und Geistliche dürfen nicht kriminalisiert werden, wenn sie Schutz gewähren. Sie handeln im Geist der Menschenwürde.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: Die Wählergruppe erkennt das Kirchenasyl als ethisch legitim an und spricht sich gegen Kriminalisierung der Unterstützerinnen und Unterstützer aus. Sie pocht auf Einhaltung bestehender Abkommen zum Kirchenasyl.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 10 a) Kirchenasyl ist eine Gewissensentscheidung und ein Schutzraum. Das vereinbarte Verfahren mit den Kirchen sollte respektiert werden. 10 b) Gemeinden und Seelsorger leisten hier verantwortliche Arbeit. Eine Kriminalisierung würde Vertrauen zerstören und hilft niemandem. Kooperation ist der richtige Weg.

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links



[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

